

Die Rettung des Euro zu Lasten deutscher Sparer

24.03.2013 | [Manfred Gburek](#)

Vorab eine Entwarnung an alle Leser, die - durch das Medienspektakel zum Thema Zypern total verunsichert - wie schon früher aus Anlass der Griechenland-Krise um ihre Ersparnisse bangen: An Zypern wird der Euro ganz gewiss nicht scheitern. Die Affäre um die Schwarzgeld-Insel lenkt von wichtigeren Problemen ab, die Deutschland und damit letzten Endes uns Bürger nach der Bundestagswahl treffen werden: höhere Steuern und Abgaben, damit die Eurozone um jeden Preis zusammengeklittet bleibt, verbunden mit einem Schuss Kapitalverkehrskontrollen.

Wer die Medien genauer verfolgt, besonders die unsäglichen Quatschrunden in ARD und ZDF zum Thema Armut und Reichtum, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Reichen - wer dazu gehört, bleibt offen - im Dienst der sogenannten sozialen Gerechtigkeit zur Kasse gebeten werden sollen. Fängt ein Sender erst einmal mit dem Reichen-Bashing an, ziehen die anderen - die privaten inbegriffen - ziemlich schnell nach, falls sie sich davon hohe Einschaltquoten versprechen. Was dann folgt, erinnert an die Inflation der Kochsendungen.

So weit die Betrachtung prima vista. Es geht allerdings um viel mehr. Denn in Wahrheit soll die Bevölkerung insgesamt, Mittelstand sowie normale Arbeiter und Angestellte inbegriffen, auf finanzielle Opfer vorbereitet werden. Das heißt, unter dem Vorwand, die Reichen und unter denen besonders die Boni-Empfänger zur Kasse zu bitten, basteln sogenannte Think Tanks bereits an Modellen zur Verschiebung von Einkommen und Vermögen. Ihre Vorgabe besteht darin, dass der Euro um jeden Preis erhalten werden muss. Den Preis wird in erster Linie Deutschland zahlen.

Wie kann man sich das konkret vorstellen? Eine wichtige Rolle spielt die EZB: Wenn sie Anleihen maroder Eurostaaten kauft - was sie ja ständig tut -, fällt das der Bevölkerung weniger auf, als wenn deutsche Steuern erhöht würden. Doch im Endeffekt läuft beides auf dasselbe hinaus: Die Staatsanleihenkäufe der EZB sorgen für ein nachhaltig niedriges Zinsniveau. Dadurch geraten die Zinsen unter Berücksichtigung der Inflationsrate real ins Minus. Ob die Ersparnisse der Bürger auf diese Weise oder durch höhere Steuern dezimiert und die Bürger dadurch enteignet werden, ist also gehüpft wie gesprungen. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden beide Methoden zum Einsatz kommen.

Wer die Renditen zehnjähriger Euroländer-Anleihen verfolgt, stellt schnell fest, dass sie sich nach dem Auseinanderdriften im Zuge der Eurokrise 2010 und den darauf folgenden Turbulenzen an den Kapitalmärkten seit Sommer 2012 wieder stark annähern. Damit setzen sie die stabile Entwicklung fort, die sie in der Zeit vor 2010 jahrelang ausgezeichnet hat. Zwar wäre es verfrüht, dies schon jetzt als Zeichen der Stabilisierung der ganzen Eurozone zu deuten. Fest steht aber, dass der Verlauf der Renditen italienischer, spanischer, portugiesischer oder irischer Staatsanleihen wie von Zauberhand koordiniert leicht abwärts gerichtet ist. Nur dass das Ganze nichts mit Zauberei zu tun hat, sondern mit dem massiven Eingreifen der EZB.

Diese Institution, die einerseits zum Erfüllungsgehilfen der Euroländer geworden ist, verfügt andererseits mit Mario Draghi an der Spitze über einen durchsetzungsfähigen Pragmatiker, der sich nicht einfach so leicht etwas sagen lässt. Das heißt, er fungiert als Chef einer von den Euroländern so gewollten Schattenregierung, deren wichtigste Aufgaben darin bestehen, den Euro zu erhalten und darüber hinaus den Boden für eine Fiskalunion zu bereiten. Fiskalunion, das bedeutet zum Beispiel, dass die Euroländer ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik abstimmen, dass sie für Geldtransfers untereinander sorgen - und dass, siehe oben, deutsche Sparer zur Kasse gebeten werden.

Wer das für allzu phantasievoll hält, sollte Folgendes bedenken: Bei aller schon vorhandenen Koordination durch die EZB hat sie weiteren Handlungsbedarf; nicht zuletzt die Zypern-Krise führt uns das wieder einmal vor Augen. Das bedeutet: Euroland muss reformiert werden. Dazu hat sich der bereits erwähnte Think Tank das Modell einer Wirtschaftsunion mit eigenem Parlament ausgedacht, das über einen selbständigen Haushalt verfügt. Sein Zeitplan erstreckt sich über mehrere Jahre. Erst wird der Ausgang der Bundestagswahl abgewartet, ein Jahr später im Herbst 2014 die Wahl zum Europaparlament und die Etablierung einer neuen EU-Kommission. Realistischerweise können erst danach die Verhandlungen zur Reform des EU-Vertrags beginnen. Alles in allem dürften konkrete Ergebnisse erst in fünf bis sechs Jahren zu erwarten sein. Bis dahin wird der Euro noch so mancher Attacke standhalten müssen. Für entsprechende Unruhe an den Kapitalmärkten ist also gesorgt.

Ich hoffe, Sie mit diesen zweifellos komplizierten bürokratischen Zusammenhängen und Plänen nicht gelangweilt zu haben. Es erschien mir jedoch wichtig, sie hier aufzuzeigen, weil sie einmal mehr belegen, was auf uns zukommt: Die Rettung des Euro um jeden Preis und damit für Deutschland eine finanzielle Last, gegen die wir uns als Anleger nur mit viel Geschick im Umgang mit Geld und mit einem guten Schuss Spekulation stemmen können.

Deshalb hier noch ein Schlenker dazu: Die Aktien-, Anleihen- Edelmetall-, Rohstoff-, Immobilien- und Devisenmärkte werden bis auf Weiteres mehr von den Notenbanken und von der Politik beeinflusst als von fundamentalen Faktoren, etwa von der Konjunktur oder von der Gewinnentwicklung der Unternehmen. Von den Notenbanken, das bedeutet: Das reichlich umlaufende Geld sorgt dafür, dass Spekulationswellen mal hier, mal da anrollen. Lange Zeit haben Anleihen, Edelmetalle und Rohstoffe davon profitiert, dann Aktien und Immobilien, der Schweizer Franken und Chinas Yuan.

Aus Anlegersicht ist wichtig, dass bei all diesem Hin und Her das Timing stimmt, denn es trägt entscheidend zum finanziellen Überleben bei, ja es ist inzwischen zum wichtigsten Bestandteil der Gesamtrendite geworden. Um es in der Analystensprache zu formulieren: Gold, Silber und Edelmetallaktien halten, unter den sonstigen Aktien japanische und chinesische bevorzugen (zu finden im Nikkei- und im Hang Seng-Index), europäische und amerikanische tendenziell eher verkaufen, bei Rohstoffen die weitere Entwicklung abwarten, Anleihen verkaufen (aber Ausnahmen: solche in Schweizer Franken, in Yuan und einigen anderen Währungen halten), Immobilien nur für den eigenen Bedarf kaufen.

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Herr Gburek ist Fachjournalist und Buchautor. Seine letzten Werke waren: "[Das Goldbuch](#)" (2005), das Wörterbuch "[Geld und Gold klipp und klar von A bis Z](#)" (2007) und "[Die 382 dümmsten Sprüche der Banker](#)" (2008).

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/166257--Die-Rettung-des-Euro-zu-Lasten-deutscher-Sparer.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).